

Was für eine Mitte braucht Berlin?

Mitte als Zentrum der Hauptstadt unseres Landes ist Ort vielfältiger politischer und kultureller Begegnungen wie gleichermaßen Lebens- und Arbeitsort seiner Bewohner/innen. In Mitte reiben sich die Gegensätze. Mitte hat enorme Chancen, aber auch das große Risiko, diese zu verspielen. Mitte braucht Mut, Kreativität und bürgerschaftliches Engagement. Seine Einwohner/innen wollen Antwort auf die Frage: Wessen Stadt ist die Stadt?

Gutes Wohnen und gleichberechtigte Mobilität für alle

Die Wohnsituation in Mitte verschärft sich. Wohnungen werden knapper, die Mieten teurer. Baustadtrat Gothe und Bausenatorin Junge-Reyer (beide SPD) ignorieren das. Sie sehen Berlins Mitte als Region der Gutbetuchten. Wir nicht! Wir wollen: ■ Bezahlbares und menschenwürdiges Wohnen in allen Ortsteilen (Tiergarten, Alt-Mitte und Wedding) für alle Bevölkerungsschichten und die Ver-

drängung von sozial Benachteiligten verhindern.

■ Eine enge Verzahnung von Stadtentwicklung und Wohnungspolitik befördern.

■ Die Entwicklung landeseigener Grundstücke durch landeseigene Wohnungsbaugesellschaften oder -genossenschaften zu attraktiven, familienfreundlichen, barrierefreien und ökologisch anspruchsvollen Wohnquartieren begleiten und befördern.

■ Die weitere Entwicklung der Mietermitwirkung in den landeseigenen Wohnungsgesellschaften in Form von Mieterbeiräten in unserem Bezirk begleiten und Initiativen unterstützen (z.B. in ihrem Bemühen um Ausnahmegenehmigungen zum Erhalt der Müllschlucker.)

■ Eine soziale Stadt und setzen uns ein für die Fortführung des Quartiersmanagements und für starke, dort verankerte Quartiersräte.

■ Belegungsgebundenen Wohnraum vorrangig für Familien mit geringen Einkommen, um damit Zwangsumzüge aus der Innenstadt heraus zu verhindern.

■ Den Stopp von Abriss bzw. Fremdnutzung preiswerter Wohnungen (z.B. zu Ferienwohnungen) und die Verhinderung weiterer Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände.

■ Bürgerinitiativen und Stadtteilaktive für eine lebenswerte Stadt unterstützen und eine Bürgerbeteiligung, die das Votum der Bürger/innen ernst nimmt - auch dann, wenn es bezirklichen Interessen (partiell) entgegensteht.

■ Einen Mauerpark, der frei bleibt von jeglicher Bebauung; eine Invalidenstraße mit Straßenbahn und Fahrradstreifen sowie den Erhalt der breiten historischen Bürgersteige.

■ Die (Wieder-)Gewinnung des öffentlichen Raumes, die eine Balance darstellen muss zwischen privater Aneignung (z.B. durch Straßencafés) und öffentlicher Nutzung.

■ Private Initiativen für die Grünflächenpflege leerer Baumscheiben unterstützen.

■ Die Beteiligung von gewerblichen Anrainern öffentlicher Plätze an deren Pflege und Unterhaltung (z.B. Alexanderplatz, Pariser Platz u.a.).

■ Die Pflege der repräsentativen Parks und Grünflächen (z.B. Großer Tiergarten) als eine Aufgabe vor allem von Land und Bund durchsetzen.

■ Die Kooperation zwischen Anwohnern, Ordnungsamt und weiteren Akteuren zur Verbesserung von Sauberkeit und Ordnung in den Kiezen unterstützen.

- Ein leistungsfähiges öffentliches Verkehrsnetz, gleichberechtigt für alle Verkehrsteilnehmer/innen, mitentwickeln bei Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Ein gut entwickeltes Fahrradwegenetz und sichere Fußwege sowie eine barrierefreie Fortbewegung im öffentlichen Raum.

Gute Bildung und Kultur für alle von Anfang an

Mitte als ein Ort des Lernens und der Wissenschaft muss seine Schulen weiter stärken und die kulturelle Vielfalt als Anziehungspunkt und Ausdruck einer Stadt für alle erhalten.

- Wir wollen:
- Die Chancen der Schulstrukturreform nutzen und die Bildung von Gemeinschaftsschulen fördern.
 - Kleinere Klassen an Schulen in sozialen Brennpunkten.
 - Angebote des produktiven Lernens und der Begabtenförderung erhalten.
 - Den Vereinssport stärken, Kooperationen zwischen Kitas, Schulen und Vereinen weiter entwickeln und kommerzielle Anbieter stärker für soziales Engagement in die Pflicht nehmen.
 - Sportstätten erhalten und besser nutzen, neue Räume für sportliche Betätigung von Vereinen, sozialen Einrichtungen und für den Freizeitsport erschließen.

- Kitas als Bildungseinrichtungen stärken, die Qualität der vorschulischen Förderung erhöhen sowie wirksame Maßnahmen der Sprachförderung und Gesundheitserziehung fest im pädagogischen Alltag verankern.
- Ausreichend Kita-Plätze sichern und noch mehr Eltern für den Kita-Besuch ihrer Kinder gewinnen.
- Die Kinder- und Jugendarbeit stärken sowie den Erhalt und Ausbau von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in allen Stadtteilen.
- Eine verstärkte Kooperation zwischen Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen sowie eine bessere Vorbereitung der Jugendlichen auf Ausbildung und Beruf als Voraussetzung für Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben.
- Den Ausbau von Familienzentren für Angebote der Elternbildung und –beratung, für selbstorganisierte Aktivitäten und eine besondere Unterstützung von jungen Eltern durch frühe Hilfen.
- Die bedarfsgerechte Ausstattung und weitere Stärkung der beiden kommunalen Einrichtungen für kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen (Schönwalder Str. 19 und „Farbklang“).
- Eine enge Zusammenarbeit mit Partnern in den Quartiersmanagementgebieten zur Beförderung von Angeboten vor allem der kulturellen Bildung.

- Den Aus- und Aufbau von weiteren Bildungsverbänden als Kooperation zwischen Quartiersmanagement, Kitas, Grund- und Oberschulen sowie dem Bezirksamt.
- Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bezirk und Freien Trägern der kulturellen Arbeit nutzen und die Kooperation mit dem „Atze-Kinder- und Musiktheater“ auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen beibehalten.
- Den Erhalt einer kommunalen Galerie in jedem Ortsteil und die Stärkung des Kulturstandortes Müllerstraße mit der als Mittelpunktbibliothek auszubauenden Schiller-Bibliothek.
- Den finanziell gesicherten Ausbau von Kooperationsmodellen (inkl. TanzMitte) zwischen Musikschule und Grund- und Oberschulen.

Existenzsichernde gute Arbeit für alle

Die Bundesregierung hat die Budgets der Jobcenter für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen drastisch verringert, was zu weiterer sozialer Spaltung und Ausgrenzung führt. Dem widersetzen wir uns!

- Wir wollen:
- Eine angemessene Ausstattung des Regelsatzes, insbesondere für Kinder, um die Teilhabe von Hartz IV-Empfan-

genden an Bildung und Kultur zu sichern und auszubauen.

- Die Stärkung der Berliner Alternative zu den Hartz IV-Ein-Euro-Jobs und zur Niedriglohn-Bürgerarbeit: den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor – ÖBS.
- Eine aktive Wirtschaftsförderung des Bezirks, die in Abstimmung mit den Kammern, Betriebsräten und Gewerkschaften die Unternehmen bei der Sicherung bestehender und der Schaffung neuer, gut bezahlter Jobs (d.h. Arbeit mit Entgelt nach Tarif oder Mindestlohn) unterstützt und prekäre Arbeit zurückdrängt.
- Lokale Wirtschaftsunternehmen fördern, Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit bei der Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen unterstützen und soziales Engagement von Unternehmer/innen würdigen.
- Eine verstärkte Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Arbeitsagentur bei der vertieften Berufsorientierung und Förderung von benachteiligten jungen Menschen unter 25 Jahren, um ihnen den Weg in Ausbildung und Beruf zu ermöglichen.

Den sozialen Zusammenhalt stärken

Ein Leitbild für unseren Bezirk steht seit Jahren aus. Wir wollen einen offenen geführten Diskurs über seine Perspektiven,

der die kulturelle und soziale Vielfalt als Chance und Herausforderung begreift.

- Wir wollen:
- Die direkte Demokratie als Ergänzung und Erweiterung des parlamentarischen Systems ausbauen und dabei Kinder, Jugendliche, Bürgerinitiativen und Stadtteilvereine in ihrem Anspruch unterstützen, ihre Belange mitentscheiden zu können.
 - Einen Bürgerhaushalt in unserem Bezirk einführen.
 - Das Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes umsetzen und ein bezirkliches Integrationsprogramm mitbefördern, das die soziale Realität in Mitte aufnimmt und widerspiegelt.
 - Den Erhalt einer vielfältigen sozialen Infrastruktur als kommunales Rückgrat für den sozialen und Generationszusammenhalt.
 - Die Kältehilfe für Obdachlose erhalten und bei Bedarf ausbauen sowie die Fortführung medizinischer Betreuung wohnungsloser Menschen.
 - Den Erhalt vielfältiger sozialer und kultureller Angebote für Senioren/innen.
 - Die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen bei einem selbstbestimmten Leben, wozu uneingeschränkter Zugang zu öffentlichen Gebäuden, zu Verkehrsmitteln und des Straßenlandes ebenso gehören wie Barrierefreiheit des öffentlichen Internet-Auftritts im Bezirk.

- Den Erhalt und Ausbau von Projekten zur Gesundheitsberatung und –förderung sowie eine verstärkte Beachtung sozialer und ethnischer Aspekte im Pflegebereich.
- Den Erhalt von Freien Trägern der bezirklichen Gesundheitsversorgung sowie eine verstärkte Kooperation von Freien Trägern, niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern.
- Eine feste Verbindlichkeit der im Arbeitskreis „Gesunder Bezirk“ festgelegten Ziele und Strategien insbesondere zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Kinder.
- Den Erhalt bzw. Ausbau suchtpreventiver Maßnahmen und Projekte vor allem im Jugendbereich und die strikte Anwendung gesetzlicher Regelungen gegen ausufernden Spielhallenbetrieb in Abstimmung mit dem Land.
- Einsparungen im Bezirkshaushalt durch räumliche Verdichtung der Verwaltung und Abgabe nicht benötigter Bürogebäude.